

---

Online-Gespräch

## **Kosovo nach den Wahlen: Im Gespräch mit Außenministerin Donika Gërvalla-Schwarz über Herausforderungen, Erwartungen und Chancen**

**Kooperationsveranstaltung der Südosteuropa-Gesellschaft mit der Organisation deutsch-albanischer Akademiker Hamburg e.V., Online via Zoom, 18. Mai 2021**

*Bericht von Wladimir Dirksen, München*

### **Einleitung**

Nach den Parlamentswahlen in Kosovo am 14. Februar 2021 bestätigte das Parlament in Pristina am 22. März 2021 eine neue Regierung unter Premier Albin Kurti („Vetëvendosje“). Neue Außenministerin ist Donika Gërvalla-Schwarz. Geboren in Kosovo, aufgewachsen in Deutschland und Albanien, lebte die 49-jährige studierte Flötistin und Juristin zuletzt mit ihrer Familie in Bonn. Gërvalla-Schwarz kandidierte zum ersten Mal bei den jüngsten Wahlen auf der neu gegründeten Liste von Vjosa Osmani, „Guxo!“ (Dt. „Trau dich!“), und wurde mit 70.000 Stimmen in das kosovarische Parlament gewählt.

Wie die neue Regierung insgesamt steht die Außenministerin vor großen Aufgaben. „Vetëvendosje“ verspricht den Kosovarinnen und Kosovaren einen radikalen Wandel im Inneren hin zu mehr Rechtsstaatlichkeit, solider Regierungsführung, Korruptionsbekämpfung, wirtschaftlichem Aufschwung und sozialer Gerechtigkeit. Das Amt als Außenministerin von Kosovo hält gleichermaßen zahlreiche Herausforderungen bereit: Wie geht es weiter mit der Integration in die Europäische Union, in der fünf Mitgliedstaaten Kosovo nach wie vor die staatliche Anerkennung verweigern? Was ist zu erwarten

von den Verhandlungen mit Serbien, die Gërvalla-Schwarz nun zusammen mit Premier Kurti führen wird? Welche Rolle spielt ein „Großalbanien-Szenario“ in der Agenda der Regierung? Welche Erwartungen gibt es seitens der kosovarischen Regierung an Deutschland und die EU? Wann und wie kann die seit langem in Aussicht gestellte Visa-Liberalisierung realisiert werden? Wie kann die deutsche und die europäische Politik die geplante Reformdynamik effektiver unterstützen? Welche Rolle wird die US-Administration unter Präsident Biden für die Zukunft des Landes spielen?

Über diese und andere Fragen sprach *Manuel Sarrazin*, MdB, Sprecher für Osteuropapolitik der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen und Präsident der Südosteuropa-Gesellschaft, mit der Außenministerin der Republik Kosovo, *Donika Gërvalla-Schwarz*.

Die Veranstaltung wurde mit einer Begrüßung durch *Peter Beyer* (MdB, Koordinator für die transatlantische Zusammenarbeit der Bundesregierung, Berichtersteller für den Westlichen Balkan, Vizepräsident der Südosteuropa-Gesellschaft, Berlin) eröffnet. *Beyer* betonte in seiner Ansprache die Relevanz der politischen Ent-

wicklungen in Kosovo für Deutschland und die EU. Die neue kosovarische Regierung wisse selbst am besten, welche Veränderungen für die Bevölkerung im Land am drängendsten seien. Nichtsdestotrotz wies Beyer insbesondere in seiner Rolle als Parlamentarier darauf hin, dass die Korruptionsbekämpfung und der Dialog zwischen Kosovo und Serbien im Hinblick auf die angestrebte EU-Mitgliedschaft priorisiert verfolgt werden sollten. Es sei an der Zeit, dass Serbien und Kosovo in Brüssel zu einem Dialog finden und die konstruktive Hilfestellung der EU in Anspruch nehmen.

Mitveranstalter *Muhamet Idrizi* (Vorsitzender der Organisation deutsch-albanischer Akademiker Hamburg e.V. „ODA“) ging in seinen Grußworten auf drei Bedürfnisse der kosovarischen Diaspora ein: Zunächst kritisierte *Idrizi* die längst überfälligen Visa-Liberalisierungen, deren Ausbleiben – in Anbetracht der Tatsache, dass es für andere Konfliktregionen bereits Visa-Liberalisierungen für die EU gegeben habe – schwer zu verstehen sei. Als zweites Bedürfnis der Diaspora nannte *Idrizi* die Zurückdrängung des Einflusses von Russland, China oder anderen Ländern durch eine aktivere Impfstoff-Diplomatie der EU und Deutschlands. Seine dritte Forderung richtete sich an die neue Regierung Kosovos und verlangt eine Wahlrechtsreform, eine Entpolitisierung des diplomatischen Dienstes und eine Plattform zur Ermöglichung einer direkten Kommunikation der Regierung mit der Diaspora.

### Der Wunsch nach einem unabhängigen und demokratischen Kosovo

Die erste Frage von *Manuel Sarrazin* an Außenministerin *Donika Gërvalla-Schwarz* bezog sich auf den EU-Erweiterungsprozess: Was wäre Ihr Wunsch an die EU oder auch an die deutsche Politik, um die Glaubwürdigkeit der EU-Erweiterungspolitik zu stärken?

*Gërvalla-Schwarz* betonte erst einmal ihre Freude darüber, bei dieser Veranstaltung in der Sprache der Heimat ihres Ehemanns und der ihrer Kinder sprechen zu können. Sie selbst habe zwischen ihrem zwanzigsten und dreißigsten

Lebensjahr, einer sehr prägenden Zeit wie sie sagte, in Hamburg gelebt. Diese Zeit habe ihr gezeigt, dass in Deutschland stabile politische und wirtschaftliche Verhältnisse eine Lebensweise schaffen würden, die sie sich auch für Kosovo wünschte.

Die Leichtigkeit des Lebens in Deutschland, die eine demokratische Gesellschaft ermögliche, hätte sie sehr beeindruckt. „Wenn der Staat tut, was er soll“, mache das „natürlich hungrig auf mehr“, erklärte *Gërvalla-Schwarz* ihren Wunsch, diese Verhältnisse auch in ihrer Heimat schaffen zu wollen. Als politisch interessierter Mensch und als Kind eines Journalisten, der aufgrund seiner Überzeugungen vom jugoslawischen Geheimdienst in Deutschland ermordet worden ist, habe sie sich schon früh auch in Deutschland politisch engagiert. *Gërvalla-Schwarz* war in den 1990er Jahren und im Jahr 2015 wiederholt in leitenden Funktionen bei der LDK, der „Demokratischen Liga des Kosovos“ tätig, bis sie 2018 nach gescheiterten Reformversuchen der Partei von allen Parteiämtern der LDK zurücktrat. Im Januar dieses Jahres kandidierte *Gërvalla-Schwarz* überraschend auf der neu gegründeten Liste von *Vjosa Osmani „Guxo!“* erstmals für das kosovarische Parlament. Hierbei erhielt *Gërvalla-Schwarz* sogar mehr Stimmen, als der damalige Premierminister *Avdullah Hoti*!

Teil der politischen Entwicklung Kosovos zu sein, sei für *Gërvalla-Schwarz* immer sehr wichtig gewesen. Sie sei keine bloße Beobachterin, sondern stets gewillt gewesen, mit dazu beizutragen, dass Kosovo „frei [...] und unabhängig wird“. Die Aufgabe ihrer Regierung sei es daher, die in den 1990er Jahren gewonnene Unabhängigkeit zu bewahren und das Land von der grassierenden Korruption zu befreien.

Von der EU wünscht sich *Gërvalla-Schwarz*, dass man „weniger diplomatisch“, sondern eher politisch mit Kosovo umgehe. Der gangbarste Weg für einen EU-Beitritt des Landes wäre in ihren Augen eine gut vorbereitete, gemeinsame Aufnahme aller Länder der Region. Die EU müsse berücksichtigen, dass man keines der Westbal-

kan-Länder vernachlässigen dürfe, sodass keine Ungleichverteilung der Ressourcen und Rechte entstünde, was die Region weiter destabilisieren würde. Deshalb wäre es aus ihrer Sicht die richtige Strategie – nicht in naher Zukunft, sondern möglicherweise erst im Jahr 2030 – die Länder der Region gemeinsam als einen Block in die EU aufzunehmen. Für die Region wäre eine langfristige Strategie der EU und Deutschlands wichtig, um intraregionale Strukturen aufbauen und vertiefen zu können und sich überdies zum Beispiel im Hinblick auf Rechtsstaatlichkeit genügend an das europäische Niveau angleichen zu können.

Moderator *Sarrazin* griff diesen Gedanken auf und warf das hypothetische Beispiel in den Raum, dass alle Reformen, die sich die neue Regierung Kosovos vorgenommen habe, in den nächsten Jahren erfolgreich umgesetzt werden könnten. Was wäre in einem solchen *Best-Case-Szenario*, an dessen Ende sogar ein Beitritt von Kosovo zur EU verdient in Aussicht gestellt werden würde, die Lösung, wenn andere Balkan-Länder, wie beispielsweise Bosnien und Herzegowina unter Präsident Milorad Dodik, sich den Anforderungen der EU für einen Beitritt verweigern würden?

*Gërvalla-Schwarz* bat um Verzeihung für die un-diplomatische Antwort, die sie auf diese Frage geben würde, und wies eindringlich darauf hin, dass es nicht Präsident Milorad Dodik sei, der einem EU-Beitritt Bosnien und Herzegowinas im Weg stünde. Vielmehr sei es die serbische Regierung, die einen Beitritt des Landes nach Kräften erschwere. Hätte Serbien in den vergangenen fünf Jahren einen Demokratisierungsprozess, verbunden mit einer konsequenten Korruptionsbekämpfung, durchlaufen, so würde selbst ein Milorad Dodik einen nicht so großen Unterschied machen, urteilte *Gërvalla-Schwarz*. Die serbische Regierung würde vehement versuchen, jegliche demokratische Entwicklung der Länder in der Region zu behindern – dies sei bei der Republik Kosovo und Bosnien und Herzegowina, aber auch in Montenegro der Fall.

Selbst in Nordmazedonien sei laut *Gërvalla-Schwarz* die serbische Regierung mithilfe medialer Einflussnahme dabei, die Gesellschaft zu „manipulieren“. Daher würde in der Region ein

großes Bedürfnis danach bestehen, dass Serbien sich von seiner Vergangenheit löst und sich in Richtung Freiheit und Demokratie entwickelt. Die Serben würden die Region als „Geisel“ halten. Beispielsweise würde Bosnien und Herzegowina durch die Einflussnahme Serbiens auf rund 30 Prozent seiner Bevölkerung täglich in großer Gefahr schweben. Gerade dieses Land, das in den Kriegen den höchsten Preis habe zahlen müssen, habe es verdient, durch die EU unterstützt zu werden, damit Serbiens Einflussnahme- und Blockadepolitik ein Ende finde.

*Manuel Sarrazin* lenkte das Gespräch an dieser Stelle wieder zurück auf Kosovo und fragte nach der Einschätzung der Außenministerin zu innenpolitischen Entwicklungen im Land, was Herausforderungen wie die Bekämpfung von Korruption oder der organisierten Kriminalität anbelangt. Eine Entwicklung wie diejenige in Albanien, wo die politischen Lager in diesen Fragen mittlerweile nicht mehr an einem Strang ziehen würden, wäre nicht im Interesse der EU. Daher wollte *Sarrazin* wissen, welche Ideen die Außenministerin für Strategien habe, die die kosovarische Regierung im Hinblick auf ihre so schwierige politische Ausgangssituation auf diese Fragestellungen verfolgen solle.

*Gërvalla-Schwarz* legte dar, dass Korruptionsbekämpfung immer mit Kritik verbunden sei. In dem Fall, in dem eine Regierung die Korruption nicht genug bekämpfe, würde Kritik über ihren mangelnden Einsatz gegen Korruption laut werden. Wenn sie aber den Kampf gegen die Korruption im Land ernsthaft anginge, würden Bürokraten schnell Kritik daran üben, dass die Regierung zu weit gehe. Daher laute der Auftrag der neuen kosovarischen Regierung, die mehr als jede zweite Stimme im Land erhalten habe, Kosovo eine ernsthafte Perspektive zu geben. Die Angst davor, dass diese Regierung scheitern könnte, sei in der Bevölkerung sehr groß. *Gërvalla-Schwarz* erwartet daher im Fall eines Scheiterns der Regierung eine weitere Auswanderungswelle aus dem Land. Die jetzige Regierung sei glaubwürdig und würde Vertrauen innerhalb der Bevölkerung genießen.

Was das albanische Szenario anbelangt, so betonte *Gërvalla-Schwarz*, dass trotz vieler Gemeinsamkeiten und der generellen Kenntnis

der albanischen Politik in Kosovo auch grundlegende Unterschiede zu Albanien bestehen würden. In Kosovo habe man, im Gegensatz zu Albanien, eine politische Kultur bewahren können, in der es nach wie vor möglich sei, über politische Lager hinweg miteinander zu sprechen. Es seien fünf große Politikbereiche zu verorten, in denen die Regierung und die Opposition in Kosovo ähnliche Ziele verfolgen würden. Dazu gehörten beispielsweise die Außenpolitik, die Bildungspolitik oder die Energiepolitik. Langfristige Ziele seien daher konsensfähige Themen zwischen der Regierung und der Opposition. Gërvalla-Schwarz versicherte, dass die Angebote der Regierung an die Opposition auch in Zukunft seriös bleiben würden.

Sarrazin wies darauf hin, dass insbesondere die Beziehungen zu Belgrad in der Vergangenheit großes Konfliktpotenzial zwischen dem Präsidenten, seiner Regierung und der Mehrheit im Parlament dargestellt hätten. Daher wollte er wissen, welche Herangehensweise an dieses Thema für die Außenministerin persönlich die richtige wäre. Gërvalla-Schwarz konnte über die Haltung der Opposition zu diesem Thema nichts sagen, betonte jedoch, dass die Regierung eine detaillierte Strategie im Verhältnis Pristinas zu Belgrad ausarbeiten werde. Diese Strategie würde auch die Interessen und Einstellungen der kosovarischen Opposition gegenüber Belgrad miteinschließen. Das Interesse der Regierung an einer geschlossenen Haltung des kosovarischen Parlaments zur Politik gegenüber Belgrad sei sehr hoch und die Regierung wäre daher auch bereit, Kompromisse einzugehen.

Persönlich sei Gërvalla-Schwarz nicht an einem „Dialog“, sondern vielmehr an einer „Normalisierung der Beziehungen zu Serbien“ gelegen. Das läge daran, dass in der Vergangenheit zwar Fortschritte in den Beziehungen beider Länder erungen worden seien, diese aber nicht auf gegenseitigen Zugeständnissen, sondern vielmehr auf dem einseitigen Entgegenkommen Kosovos gegenüber Serbien zustandegekommen seien. Hierbei wären die Interessen Kosovos vonseiten Belgrads jedoch nicht ernst genug genommen worden, was die jetzige Regierung ändern wolle. Daher sei der Ansatz der jetzigen Regierung einer, der mit der Praxis der letzten zehn Jahre in

den Beziehungen beider Länder brechen und einen „Neustart“ forcieren wolle.

### **Mobilitätsbeschränkungen durch Corona gefährden die Wirtschaft**

Unmittelbar nach der Wahl der neuen Regierung sei der Eindruck entstanden, dass internationale Beobachter kein anderes Thema als die Beziehungen Kosovos zu Serbien zu interessieren scheine. Jedoch wären gerade jetzt innenpolitische Probleme die drängendsten. Angesichts der grassierenden COVID-19 Pandemie betonte Gërvalla-Schwarz die schlechte gesundheitliche Versorgung des Landes. Insbesondere sei der Mangel an ausreichend Impfstoff ein großes Problem, da Auslandsreisen stark von der Infektionslage im Land abhingen. Das Land selbst hänge aber stark von den Rücküberweisungen der Diaspora ab, welche wiederum grundsätzlich mit der Mobilität der Diaspora zusammenhängen würden. Sollte der Personenverkehr zwischen Kosovo und dem Ausland weiterhin stark eingeschränkt bleiben, drohten dem Land große Einkommensverluste durch das Ausbleiben der Rücküberweisungen der Diaspora.

Neben den Zahlungsströmen an die in Kosovo lebende Familie würde die kosovarische Wirtschaft im Dienstleistungssektor wie der Gastronomie auch stark vom jährlichen Sommer-Tourismus der Diaspora abhängen. Daher sei die Einschränkung der Reisefreiheit von im Ausland lebenden Kosovaren eine Abschnürung der kosovarischen Wirtschaft von dringend benötigten finanziellen Mitteln. Aus diesem Grund appellierte die Außenministerin an die EU, Impfstofflieferungen an das Land aufzustocken, um eine Überlastung des Gesundheitssystems und einen Einbruch der Wirtschaft zu vermeiden.

Die Pandemie habe die „ererbte“ wirtschaftliche Lage des Landes verschlimmert. Daher sei es laut Gërvalla-Schwarz nicht der Dialog mit Serbien, sondern das Problem der Pandemie, das derzeit für die Regierung die höchste Priorität habe. Appelle westlicher Partner, die sich ausschließlich auf den Dialog mit Serbien bezögen, würden an der derzeitigen kosovarischen Realität vorbeigehen. Laut Gërvalla-Schwarz bedeutet dies aber nicht, dass vonseiten des Kosovos grundsätzlich keine Dialogbereitschaft bestün-

de. Die kosovarische Regierung würde sich an allen Gesprächen beteiligen, ob bilateraler Art oder auch unter Vermittlung der EU.

Angesichts der Tatsache, dass Kosovo derzeit sehr viele unterschiedliche Probleme zu bewältigen hat, zeigte *Sarrazin* für die Konzentration auf innenpolitische Aufgaben, für deren Lösung die Regierung ja schließlich gewählt worden sei, großes Verständnis. Andererseits sei es aber auch wichtig, dass man das „Spielfeld des Dialogs“ proaktiv angehe und in dem Fall, dass langfristige strategische Ziele wie die völkerrechtliche Anerkennung Kosovos derzeit realistisch nicht zu erreichen seien, auch dazu bereit sein müsse, sich auf „Zwischenziele“ zu einigen. *Sarrazin* fragte deshalb die Außenministerin noch einmal nach ihrem Ansatz für Verhandlungen mit der serbischen Regierung.

*Gërvalla-Schwarz* betonte, dass sie nicht vor habe, nach Brüssel zu fahren, „um Fotos zu machen“, wie es in den letzten zehn Jahren die Praxis gewesen sei. Vielmehr sei sie gewillt, sich mit konkreten Vorschlägen auf die Gespräche in Brüssel vorzubereiten, um konkrete Einigungen in den Verhandlungen zu erzielen. Laut *Gërvalla-Schwarz* wäre auch das Thema der gegenseitigen Anerkennung beider Länder zeitnah zu bewältigen, wenn der politische Wille dazu bestünde. Daher sehe *Gërvalla-Schwarz* die Frage um die Anerkennung viel weniger problematisch, als dies *Sarrazin* tun würde. Konkrete strategische Schritte, welche die Außenministerin für die Verhandlungen mit Serbien anstrebe, könne sie derzeit jedoch nicht diskutieren und verwies für dieses Thema auf einen späteren Zeitpunkt. Was *Gërvalla-Schwarz* jedoch schon offenlegen konnte war, dass sie die Verhandlungen sehr offensiv angehen werde, um möglichst schnell Ergebnisse erzielen zu können.

*Sarrazin* kam an dieser Stelle auf die Regierungspartei LVV („Lëvizja Vetëvendosje!“ Dt. „Bewegung Selbstbestimmung!“) zu sprechen. Laut *Sarrazin* würde der Parteivorsitzende der LVV und amtierende Premierminister von Kosovo, Albin Kurti, immer wieder mit Äußerungen über eine geplante Vereinigung Kosovos mit Albanien auffallen. Auf genauere Nachfragen zu seinen Plänen für ein sogenanntes „Großalbanien“

würde Premierminister Kurti jedoch mit der Aussage, dass die Frage eines „Großalbanien“ derzeit nicht seine politische Priorität sei, beschwichtigend ausweichen. Angesichts einer links-nationalistischen Regierungspartei, deren langfristiges Ziel eine Vereinigung von Kosovo mit Albanien sei, wollte *Sarrazin* von Außenministerin *Gërvalla-Schwarz* wissen, wie sie zu der Frage eines „Großalbanien“ stehe.

*Gërvalla-Schwarz* verwies auf ihre Zeit in Deutschland und sprach dabei über ihre Faszination für die deutsche Einheit. Dieses Beispiel, sagte sie, habe gezeigt, dass solch große historische Schritte wie eine Vereinigung nur dann möglich seien, wenn die jeweiligen Nachbarn keine Bedenken hätten und einem solchen Schritt zustimmen würden. Als seriöser Staat, der eine Ausstrahlung habe, die keine Gefahr für seine Nachbarn darstelle, würden die Nachbarn einen solchen Weg mitgehen.

Die Außenministerin verwies darauf, dass ein gemeinsamer Kultur- und Sprachraum – nicht nur mit Albanien, sondern auch mit den anderen Ländern, in denen Albaner in großer Zahl leben – die Menschen durchaus beschäftigt. In diesen Gebieten würde laut *Gërvalla-Schwarz* dieselbe Sprache gesprochen und dieselbe Kultur gelebt. Obwohl die EU einen Beitritt dieser Länder derzeit nicht vorsehe, sei eben diese sprachlich-kulturelle Verbundenheit der Albaner in den unterschiedlichen Ländern der Hauptgrund für das Bestreben in der Region um eine Aufnahme in die EU. Denn was würde die EU denn anderes darstellen als die Möglichkeit, das eigene Leben nach Belieben gestalten zu können. Beispielsweise würden Menschen, die im französischsprachigen Raum leben wollen, dies problemlos tun können – ohne sich darum kümmern zu müssen, ob man sich diesseits oder jenseits der deutsch-französischen Grenze im Saarland niederlässt.

Das Zusammenleben der Albaner und Albanerinnen in einem gemeinsamen sprachlichen und kulturellen Raum könne man in der Region nur durch eine Mitgliedschaft in der EU erreichen. Selbstverständlich seien die demokratischen Werte, die Rechtsstaatlichkeit und viele weitere gute Gründe für eine Mitgliedschaft in der EU anzuführen; jedoch wäre die Möglichkeit

für die Albaner, über Grenzen hinweg zusammenzuleben, eine wesentliche Motivation für eine Mitgliedschaft in der EU. Die Tatsache, dass es in der Region so viele „Fans“ für eine solche Mitgliedschaft gebe, wäre eben der Möglichkeit geschuldet, den Problemen der „Kleinstateerei“ zu entfliehen und in einem großen, gemeinsamen und integrierten Raum zu leben. Es sei „ganz einfach das, was wir wollen“, offenbarte *Gërvalla-Schwarz*.

Wenn man Premierminister Kurti einmal richtig zuhören würde und nicht nur die von den Medien herausgepickten Zitate mitbekäme, könnte man heraushören, dass Kurti genau darüber sprechen würde, so *Gërvalla-Schwarz*. Kurti würde nicht über eine Verbindung von Kosovo mit Albanien zu einem gemeinsamen Staat sprechen, denn „wo bl[ie]ben denn da die anderen?“. Kurti spreche nicht davon, dass Pristina und Tirana einseitig entscheiden würden, dass man ab morgen eine staatliche Union einginge und dabei missachten würde, was die Nachbarstaaten, die EU und die USA davon denken. Jedoch könne der Wunsch der einfachen Menschen von der Straße, „gemeinsam in einem Raum zu leben“, nicht länger ignoriert werden. Daher würde *Gërvalla-Schwarz* ihre Freunde in der EU stets davor warnen, eine EU-Perspektive der Länder immer weiter aufzuschieben, denn es sei nun mal so, dass Menschen eine begrenzte Geduld hätten und dann nach Alternativen suchen würden.

Laut *Gërvalla-Schwarz* würden sich laut Umfragen über 93 Prozent der Kosovaren für eine Mitgliedschaft in der EU aussprechen. Dies sei eine verlässliche numerische Angabe, im Gegensatz zu Erklärungen in den Zeitungen, die den Eindruck erwecken sollten, dass die neue Regierung bedrohlich sei, indem sie ihr vorwerfen würden, die Stabilität auf dem Balkan zu gefährden. Über seine unkonventionelle Fragestellung vorwarnend, merkte *Sarrazin* an, dass er diesen Wunsch in Bosnien und Herzegowina ebenfalls wiederholt zur Kenntnis genommen habe. Daher würde ein klares Dementi seitens von Kosovo über eine mögliche Vereinigung mit Albanien sowohl dem serbisch-bosnischen Politiker und ehemaligen Staatsoberhaupt der Republika Srpska, Milorad Dodik, als auch dem Vorsitzenden der Kroatisch Demokratischen

Union in Bosnien und Herzegowina, Dragan Čović, ordentlich die Suppe versalzen.

*Sarrazin* verwies an dieser Stelle darauf, dass er schon dem albanischen Ministerpräsidenten Edi Rama klargemacht habe, dass er persönlich eine solche Angliederung vehement ablehnt und im Fall einer Vereinigung von Kosovo mit Albanien eine Aufnahme in die EU von seiner Seite kategorisch ausgeschlossen werden würde. „Ich nehme Kosovo und Albanien nur als separate Staaten in die EU auf, und sonst nicht, ganz klar“, brachte *Sarrazin* seine Einstellung zu einer möglichen Vereinigung beider Länder noch vor einem möglichen Beitritt zur EU deutlich zum Ausdruck.

Für den Fall, dass ein Zusammenschluss erst nach einem Beitritt in die EU angestrebt würde, müssten einerseits die Verträge mit der EU geändert werden und könnte andererseits die dafür nötige einstimmige Zustimmung aller EU-Mitgliedstaaten nach *Sarrazin* mit Sicherheit nicht erreicht werden. Insbesondere dann, wenn zu diesem Zeitpunkt neben Kosovo und Albanien auch Serbien ein Mitglied der EU sein sollte. Angesichts dieser Sachlage, die eine Vereinigung von Kosovo mit Albanien laut *Sarrazin* unwahrscheinlicher mache, als es eine erneute Teilung Deutschlands wäre, stelle sich daher die Frage nach dem Sinn, über ein so unrealistisches Ziel überhaupt zu debattieren. Warum, wollte *Sarrazin* wissen, werde sowohl von der Regierungspartei als auch von der LDK trotzdem immer wieder die öffentliche Aufmerksamkeit auf dieses Thema gelenkt? Warum würden unerfüllbare Wünsche der Wähler als realistische Ziele dargestellt und damit ethno-nationalistische Debatten in der Region immer weiter befeuert?

Ein Vergleich der albanischen Frage mit der Frage nach einer möglichen Teilung Bosnien und Herzegowinas sei nicht zulässig, erwiderte *Gërvalla-Schwarz*. Milorad Dodiks und Dragan Čovićs Bemühungen würden nämlich die Gefahr mit sich bringen, einen Staat wie Bosnien und Herzegowina auseinanderfallen zu lassen. Beide würden mit ihren Bemühungen die Existenz des Staates riskieren, was für *Gërvalla-Schwarz* ein „nicht gangbarer Weg“ ist. *Gërvalla-Schwarz* sagte, dass es nicht ihr Ziel sei, innerhalb der

EU aus zwei Staaten einen einzigen Staat zu formen. Vielmehr würde die EU als solche das Bedürfnis der Menschen nach einem gemeinsamen sprachlich-kulturellen Raum befriedigen. Das bedeute, dass nicht die Formung einer politischen Vereinigung innerhalb der EU das Ziel sei; stattdessen würde das in der Region „existente Bedürfnis nach einem barrierefreien Zusammenleben in einem Sprach- und Kulturraum“ durch die Aufnahme in die EU befriedigt werden.

Ein solches Szenario würde nach *Gërvalla-Schwarz* eine Win-win-Situation für alle darstellen. Ein gemeinsamer Sprach- und Kulturraum sei zwar nicht der einzige Grund dafür, dass es einen Willen zur EU-Mitgliedschaft gebe, jedoch würde eben dieses Thema besonders oft zur Sprache gebracht – was wiederum dazu führen würde, dass es so zentral erscheint. Eine politische Einheit mit Albanien werde laut *Gërvalla-Schwarz* innerhalb der EU nicht angestrebt, vor allem nicht, wenn es bei den Nachbarn auf Widerstand stoßen würde. So etwas „werde ich nicht erleben, [und] das werden Sie [auch] nicht erleben“, stellte sie klar.

Genau das, was die EU vorgemacht hätte, wünsche sie sich für den Balkan, sagte *Gërvalla-Schwarz*: Dass man barrierefrei miteinander kommunizieren könne und dass man sich – unabhängig davon, ob man Franzose in Paris oder an der Grenze ist, oder ob man Deutscher in Hamburg oder im Süden sei – aussuchen könne, in welchem Raum man zu leben wünscht. Die Außenministerin betonte, dass die Unterstützung der neuen Regierung innerhalb der Bevölkerung sehr groß sei und die Regierung in den schwierigen Zeiten, die noch kommen würden, diese Unterstützung brauchen werde, um schwierige Entscheidungen treffen zu können. Die neue Regierung müsse Ergebnisse produzieren, die sie zu Hause auch umsetzen könne, alles andere wäre eine bloße „Foto-Diplomatie“. Man brauche einen Dialog, von dem die Menschen in Serbien und Kosovo und nicht nur die Politiker, die sich in den Verhandlungen betätigen, profitieren würden.

### Umgang mit den Opfern des Kosovo-Krieges

*Sarrazin* sprach an dieser Stelle die von Kurti aufgeworfene Frage nach den Opfern des Krie-

ges an, wonach vor internationalen Gerichten nach Gerechtigkeit gesucht werden solle. Als ein Freund des internationalen Rechts beteuerte *Sarrazin*, daran zu glauben, dass Aufarbeitung sehr wichtig sei und man viel mehr über die Opfer und vor allem mit ihnen sprechen müsse, um zu einer Versöhnung und gegenseitigen Anerkennung des Leids zu kommen. Nichtsdestotrotz gebe es auch die Auffassung, dass weitere Bemühungen der Aufarbeitung keinen Nutzen für die Opfer brächten, sondern vielmehr die tiefen Gräben zwischen den Parteien wieder aufreißen würden. Angesichts dieser zwei Strömungen in Bezug auf den Jugoslawien-Krieg wollte *Sarrazin* von der Außenministerin wissen, welche Einstellung sie zur Aufarbeitung habe.

*Gërvalla-Schwarz* gab an, dass Bemühungen der Aufarbeitung das Problem bergen würden, dass man zu sehr in der Vergangenheit lebt. Hierbei sei aber nicht die Vergangenheit selbst das Problem, sondern die heutige Haltung Serbiens. „Unser Problem ist das heutige Serbien, unser Problem ist noch nicht einmal, dass der ehemalige Propagandaminister [...] von Slobodan Milošević der heutige serbische Präsident ist, weil das haben nicht wir zu entscheiden, das haben die Bürger in Serbien entschieden [...]“. Das derzeitige Problem sei, die Sprache, die auf Seiten Serbiens gegenüber Kosovo benutzt werde, zu akzeptieren. In Deutschland wäre auch keiner bereit, die „AfD-Sprache“ zu akzeptieren, und als solche nehme *Gërvalla-Schwarz* die Sprache der serbischen Regierung wahr.

Wenn man serbische Medien verfolge, würde man erkennen, dass der Populismus des Präsidenten Serbiens, Aleksandar Vučić, alle Lösungsmöglichkeiten ausschließen würde. Die serbische Presse würde versuchen, den Präsidenten möglichst gut darzustellen. Dieser würde sich aber aufgrund von Korruptionsvorwürfen in seinem Land darauf beschränken, auf Kosovo herumzuhacken.

*Gërvalla-Schwarz* betonte an dieser Stelle, dass sich die Biografien der serbischen und kosovarischen Politiker stark unterscheiden. Auf der einen Seite gebe es eine neue kosovarische Regierung, deren Ministerpräsident zweieinhalb Jahre als politischer Gefangener in serbischen

Gefängnissen gesessen habe. Nachdem man ihn in Kosovo festgenommen und nach dem Einmarsch der NATO-Truppen nach Serbien verschleppt hatte, habe man ihn erst zwei Jahre nach Ende des Krieges freigelassen. Im Gegensatz dazu habe Vučić zur selben Zeit als Propagandaminister Miloševićs fungiert.

Ein anderes Beispiel sei die derzeitige Vizepräsidentin des kosovarischen Parlaments, die den Krieg mit 16 Kugeln im Körper überlebt habe, nachdem ihre ganze Familie ermordet worden sei. Ebenso gebe es eine kosovarische Abgeordnete, die öffentlich über Massenvergewaltigungen im Krieg gesprochen habe und dafür in Kosovo sehr geschätzt und respektiert werde. Die Außenministerin selbst habe auch eine Biografie, die sehr schwierig sei: Nachdem sie als Kind habe erleben müssen, wie ihre Familie flüchtete, seien ihr Vater und ihr Onkel bei einem politischen Attentat in Deutschland getötet worden.

Die Außenministerin stellte klar, dass die Befürworter einer Aufarbeitung keinesfalls auf Rache aus seien. Jedoch wäre bislang in Folge von – laut *Gërvalla-Schwarz* geschätzten – mehr als zwanzigtausend Vergewaltigungen im Krieg kein einziger Täter in Serbien verurteilt worden. Serbien betreibe laut der Außenministerin keine Vergangenheitsbewältigung. Die aufgeführten Biografien würden zeigen, dass es sich bei der Aufarbeitung der Verbrechen nicht um die Generation der Großeltern oder der Eltern handelt, sondern um eine gegenwärtig in Kosovo in Regierungsverantwortung stehende Generation. Daher befände sich derzeit ein Institut zur Dokumentation der Verbrechen in der Gründung, und die Regierung würde eine Genozidklage vorbereiten, die nach ausreichender Beweissicherung und realistischer Aussicht auf Erfolg erhoben werden wird.

Folglich habe Serbien zwei Möglichkeiten, mit seiner Vergangenheit umzugehen. Einerseits bestünde die Möglichkeit, dem Vorbild Deutschlands zu folgen und die eigenen Verbrechen anzuerkennen, sich bei den Opfern zu entschuldigen und auf eine andere, bessere Zukunft in den nachbarschaftlichen Beziehungen zu hoffen. Oder aber man bleibe auf dem Weg, den Vučić eingeschlagen habe, und leugne seine Verbrechen. In letzterem Fall sei es daher nötig,

das Geschehene von unabhängiger, internationaler Stelle bewiesen zu bekommen.

Es vergehe kein Tag zwischen den Monaten März und Juni eines jeden Jahres, an dem nicht an ein Massaker erinnert würde. Bei diesen Massakern seien überwiegend Frauen und Kinder ermordet worden. Hierbei sei in vielen Fällen nicht klar, wohin die Opfer verschleppt worden seien, sodass Trauernde auch heute noch oft nicht wissen, wo sich die Überreste ihrer Angehörigen befinden. Die Außenministerin forderte daher, dass Serbien offenlegen solle, wo sich die fraglichen Massengräber auf serbischem Territorium befinden, damit man die Geschehnisse verarbeiten und den Dialog voranbringen könne. Dabei gehe es nicht nur um Vergangenheitsbewältigung, sondern darum, dass es auch heute noch Mütter gebe, die nicht wüssten, wo ihre Kinder begraben sind.

Der kosovarische Ministerpräsident Albin Kurti habe in seiner ersten Rede vor dem Parlament öffentlich erklärt, dass von den 1.600 Vermissten ein Viertel bis ein Drittel nicht albanischer Herkunft, sondern Serben, Roma, Bosniaken, Türken oder Angehörige anderer Volksgruppen gewesen seien. Die Angaben über die Massengräber vermute man im Archiv der ehemaligen jugoslawischen Volksarmee in Belgrad. Für Belgrad wäre es laut *Gërvalla-Schwarz* ein Leichtes, diese Daten herauszugeben. Auf albanischer Seite gebe es zwar keine Register, aber man hätte eine enorme Bereitschaft, den Prozess der Aufarbeitung voranzutreiben, nicht nur der albanischen Mütter wegen. Auch alle anderen Mütter hätten es verdient, ihre Angehörigen ordnungsgemäß bestatten zu können. Eine solche Aufarbeitung des Schicksals der Vermissten würde wesentlich zur Befriedung der Gesellschaft beitragen. Damit das Thema des Krieges endlich beerdigt werden könne, brauche man vonseiten Belgrads als Zeichen des guten Willens Informationen über die Standorte der Massengräber, bevor man mit den Dialogen beginne.

#### Fragen aus dem Publikum

An dieser Stelle beendete *Manuel Sarrazin* das Zwiegespräch, bedankte sich bei der Außenministerin und übergab für die Zuschauerfragen an Dr. *Christian Hagemann*, den stellvertretenden



den Geschäftsführer der Südosteuropa-Gesellschaft in München. Das erste Thema, auf das sich die Fragen aus dem Publikum bezogen, war die Rolle der Diaspora und der Umgang mit ihr. Innerhalb der kosovarischen Diaspora gebe es viele Menschen, die gut ausgebildet wären und sich gerne in die Entwicklung Kosovos einbringen würden. Es gebe zwar jährlich im Sommer eine gewaltige Finanzspritze für die kosovarische Wirtschaft, jedoch bestünde gleichzeitig das Problem, dass diese Rücküberweisungen häufig in Konsumgüter anstatt in nachhaltigere Anlagen investiert würden. Die Frage an die Außenministerin lautete daher, ob es zu dieser Problematik bereits eine Strategie der Regierung zur Umlenkung der Investitionen gebe.

*Gërvalla-Schwarz* beteuerte, dass die Diaspora der eigentliche Schatz Kosovos sei. Sie selbst sei über 20 Jahre lang Teil der Diaspora gewesen und wisse, dass die Einbindung der Diaspora in allen Bereichen des Lebens in Kosovo – wie auch in einer Regierungserklärung festgeschrieben – unverzichtbar sei. Das liege nicht nur an den Rücküberweisungen, sondern vor allem daran, dass die Diaspora als eine Brücke ins Ausland fungiere und meist bestens ausgebildet sei. Daher brauche man die Diaspora in allen Institutionen Kosovos, um Reformen nicht durch Dritte vorgefertigt zu bekommen, sondern mithilfe der Diaspora Reformen selbst entwerfen und angehen zu können. Außerdem würden viele Arbeitsplätze durch die Investitionen der Diaspora geschaffen.

Ausländische Investitionen würden im Fall der Diaspora im Gegensatz zu anderen Investoren ohne große Gewinnerwartungen getätigt. Wichtig sei den Investoren und Investorinnen aus der Diaspora stattdessen insbesondere, dass mit ihrem Geld keine Korruption finanziert werde. Daher werde die Regierung alles daransetzen, diese Hürde für Investitionen zu beseitigen. Falls jemand die Erfahrung machen sollte, korrupte Beamte bezahlen zu müssen, solle man dies laut *Gërvalla-Schwarz* dringend den Behörden melden. Genehmigungen würden in Kosovo nicht mehr mithilfe von Bestechungszahlungen erteilt.

Die Diaspora fungiere als Brücke zu anderen Ländern, weil sie die Gepflogenheiten beider

Seiten kenne und dadurch wirtschaftliche Beziehungen zu anderen Ländern gleichzeitig erleichtere und befördere. Die Ausbildung der Diaspora sei sehr gut und breit gefächert, es müsse daher gelingen, dieses Knowhow für das Land zu nutzen. Die Bereitschaft dafür sehe sie überall, sagte *Gërvalla-Schwarz*. Die Diaspora solle außerdem nie mehr von ihrem Stimmrecht abgeschnitten werden. Das erste eingebrachte Gesetz der neuen Regierung habe aus diesem Grund das Wahlrecht Kosovos betroffen und der Diaspora zugestanden, dass ihr das Stimmrecht per Gesetz nie wieder entzogen werden kann. Als Beispiel für das erfolgreiche Einbringen der Diaspora in die kosovarischen Institutionen nannte *Gërvalla-Schwarz* ihren Kabinettschef, welcher erst 24 Jahre alt sei und aufgrund seiner Ausbildung und Sozialisierung in Deutschland den größten Respekt innerhalb der Regierung genieße. Demnach seien Fachkräfte mit Knowhow in Kosovo viel dringender gebraucht als Geld. Folglich sei eine Plattform für die Bestandsaufnahme der zur Verfügung stehenden Fachkräfte vonnöten.

Weiterhin wollte das Publikum wissen, ob und inwieweit der Austausch zwischen der Diaspora und Kosovo institutionalisiert werden soll. Vorschläge aus dem Publikum, dass man Praktika, Workshops oder gar einen Finanzierungsfonds der Diaspora einrichten könnte, gingen laut *Gërvalla-Schwarz* in dieselbe Richtung, die der Regierung vorschwebte. Derzeit würde sie selbst sich beispielsweise bei der Besetzung des Amtes ihrer Stellvertreterin für eine bestimmte Person einsetzen, die sich in ihrer beruflichen Vergangenheit explizit mit der Ausweitung der Beziehungen zur Diaspora beschäftigt habe.

Das Publikum stellte als nächstes Fragen zur EU-Perspektive des Landes: In den letzten Monaten sei in Bezug auf den EU-Beitritt der Länder des Westbalkans eine pessimistische Diskussion entstanden. Die Region habe zwar keine Alternative zum EU-Beitritt, jedoch stelle sich langfristig die Frage danach, wie lange die kosovarische Regierung die EU-Perspektive und den Glauben an das Beitrittsversprechen der EU an die Region innerhalb der Bevölkerung aufrechterhalten könne. Beispielsweise fehlte einerseits die versprochene Visa-Liberalisierung, andererseits würde Kosovo immer noch von fünf EU-

Mitgliedstaaten (Griechenland, Rumänien, die Slowakei, Spanien und Zypern) nicht anerkannt. Gibt es konkrete Gründe für Frankreich und die Niederlande, die Mitgliedschaft Kosovos und der Region als Ganzes zu verweigern?

*Gërvalla-Schwarz* stellte klar, dass man die sogenannte EU-Müdigkeit, die man auch in Deutschland in einigen Teilen der Bevölkerung vorfinden würde, in den Balkan-Ländern nicht habe. Es gebe zwar Länder wie Serbien, die der EU gegenüber nicht freundlich gesinnt seien, jedoch brauche man sich mit über 93 Prozent Zustimmung für einen EU-Beitritt in Kosovo keine Sorgen über die Beitrittswilligkeit der Bevölkerung machen. Kosovo habe das Assoziierungsabkommen unterschrieben; Ziel der neuen Regierung sei es daher, innerhalb der nächsten vier Jahre den Status eines EU-Beitrittskandidaten zu erreichen. Das sei zwar ein ambitioniertes Ziel, jedoch sei die kosovarische Regierung „sehr committed“, dies zu schaffen.

Das es immer noch keine Visa-Liberalisierungen gebe, mache die Außenministerin sprachlos. Das EU-Parlament und die Kommission hätten bestätigt, dass die Voraussetzungen für Visa-Liberalisierungen erfüllt worden seien und diese jetzt eingeführt werden müssten. Jedoch gebe es zwei, drei Länder, die blockieren würden. Angesichts von 1,8 Millionen Menschen in Kosovo wäre die Blockade der Visa-Liberalisierungen aus Sorge vor illegaler Migration laut *Gërvalla-Schwarz* ein großes Unrecht, da man dabei auch Geschäftsleuten, Sportlern und Sportlerinnen, Kunstschaffenden und Besuchern und Besucherinnen die Einreise erschwere. Es könne nicht sein, so die Außenministerin, dass Eltern ihre Kinder in Deutschland nicht besuchen könnten, obwohl ihre Kinder die finanziellen Mittel haben würden, ihnen die Tickets zu bezahlen.

Die Voraussetzungen für eine Liberalisierung seien „doppelt erfüllt“ worden. Als Außenministerin müsse *Gërvalla-Schwarz* mit Frankreich, den Niederlanden und anderen Skeptikern einer Visa-Liberalisierung sprechen, um Zweifel aus der Welt zu schaffen. Wie große Drogenfunde in der letzten Zeit gezeigt hätten, würden jeden Tag Signale gesendet, dass man die Verbrechensbekämpfung in Kosovo ernst nehme. Im Endeffekt sei es für *Gërvalla-Schwarz* eine Frage

der Glaubwürdigkeit der EU, wenn trotz größter Bemühungen Fortschritte im Beitrittsprozess an den Vorurteilen einiger Länder scheiterten.

In Bezug auf die nach wie vor fehlende Anerkennung von Kosovo durch fünf EU-Mitgliedstaaten wollte *Hagemann* von der Außenministerin wissen, wie gut die Chancen für eine baldige Änderung des Status von Kosovo in den fünf Ländern wäre. Es sei richtig, dass fünf EU-Mitgliedstaaten Kosovo noch nicht anerkannt hätten. Jedoch, so beteuerte *Gërvalla-Schwarz*, hätten die 22 anderen EU-Mitgliedstaaten alle schon früh die Unabhängigkeit Kosovos anerkannt. Es gehöre zum täglichen Geschäft des Außenministeriums, um die Anerkennung in diesen Ländern (Griechenland, Rumänien, die Slowakei, Spanien und Zypern) zu werben. Dies sei ein langwieriger Prozess, der auf allen Ebenen forciert werden müsse. Hierzu sollen in nächster Zeit die kulturellen und wirtschaftlichen Kontakte mit diesen Ländern ausgebaut werden, um auf lange Sicht die Anerkennung Kosovos zu erreichen.

Die nächste Frage aus dem Publikum richtete sich auf die atlantische Perspektive Kosovos: Inwieweit befürwortet die Außenministerin einen Verbleib der KFOR-Truppen in Kosovo? Erachtet sie – analog zum EU-Beitritt – auch einen NATO-Beitritt Kosovos oder der Region als Ganzes für sinnvoll? Laut *Gërvalla-Schwarz* würde die Zustimmung in Kosovo für einen Beitritt zur NATO sogar noch höher sein als diejenige zu einem EU-Beitritt. Die meisten NATO-Mitgliedstaaten hätten Kosovo anerkannt. Für einige wenige, die dies noch nicht getan hätten, würden täglich Anstrengungen unternommen, um zu zeigen, dass das Land ein seriöser bilateraler Partner sei. „Deswegen: NATO? – Ja, unbedingt!, mit Ausrufezeichen und KFOR-Präsenz auch: Ja!, mit Ausrufezeichen“ fasste die Außenministerin ihre Position unmissverständlich zusammen.

Die KFOR-Präsenz sei der Garant für die Sicherheit der Menschen in Kosovo. Ungeachtet der Tatsache, dass die serbische Seite durch die Lieferungen schwerer Waffen aus Russland oder China Propaganda betreibe, könnten die kosovarischen Bürger und Bürgerinnen dank der Präsenz von NATO-Truppen in Gestalt der KFOR nachts ruhig schlafen. Ohne NATO und KFOR im

Land wäre die Sicherheitslage in Kosovo eine ganz andere und man müsste fürchten, dass Serbien einmarschieren könnte. „Also, bitte KFOR nicht antasten!“ appellierte *Gërvalla-Schwarz* und betonte die Rolle der KFOR als Garant für Frieden und Stabilität in der Region.

Die letzte Frage aus dem Publikum betraf den gesellschaftlichen Bereich und richtete sich an der Geschlechtergerechtigkeit im Land aus: Als weibliche Außenministerin in Kosovo neben einer weiblichen Staatspräsidentin – was können Sie als wichtige Frauen auch für die Frauen in Kosovo verändern? *Gërvalla-Schwarz* erklärte, dass die Liste der von ihrer Koalition zur Wahl aufgestellten Abgeordneten bei den letzten Wahlen die festgesetzte Frauen-Quote von 30 Prozent auf dem Stimmzettel mit über 40 Prozent zur Wahl aufgestellter Frauen bei weitem übertrafen habe.

In der obersten Ebene der Politik habe Kosovo einen Status von Frauen erreicht, in dem nichts mehr erklärt werden müsse. Die Staatspräsidentin zum Beispiel sei aufgrund ihrer Haltung, Werte und Prinzipien gewählt worden und nicht

wegen ihres Geschlechts. Es sei der Außenministerin allerdings klar, dass es einige Zeit dauern werde, bis die Geschlechtergerechtigkeit von den höchsten politischen Ebenen des Staates bis in die Gesellschaft übernommen werden könne. Kosovo von 2021 sei nicht mehr derjenige von 1990 – Frauen hätten in der Gesellschaft viel mehr zu sagen als früher.

Jedoch sei nach wie vor die Arbeitslosigkeit bei Frauen mit über 80 Prozent sehr hoch, was *Gërvalla-Schwarz* als „völlig inakzeptabel“ bezeichnete. Wenige Frauen würden in Kosovo Familie und Arbeit vereinbaren. Dort jedoch, wo Frauen in Kosovo arbeiten würden, würden sie dies besser tun als die Männer. Unabhängig davon, dass in den höchsten politischen Ebenen Frauen sehr sichtbar seien und viel eigenes politisches Gewicht hätten, würde es noch viel Arbeit brauchen und ein langer Weg sein, bis Frauen in Kosovo gleichberechtigt wären und Mädchen und Jungen die gleichen Chancen hätten.

Mit einer Danksagung und Verabschiedung durch *Manuel Sarrazin* endete das Online-Gespräch.

---

## Online-Diskussion

# 25 Jahre nach Dayton: Bosnien und Herzegowina zwischen Ethnonationalismus und Bürgergesellschaft

Veranstalterin: Südosteuropa-Gesellschaft, Online via Zoom, 04. Mai 2021

**Bericht von Stephani Streloke, Bonn**

**Die Online-Veranstaltungen der SOG sind auf YouTube nachzuerfolgen und nachzuhören unter dem Link: <https://tinyurl.com/y7r8zqso>.**

### Einleitung

Ende 1995 konnte mit dem Friedensabkommen von Dayton der Krieg in Bosnien und Herzegowina endlich beendet werden. Bis heute ist das Land jedoch ein in weiten Teilen dysfunktionaler Staat, in dem nicht alle Bürgerinnen und Bürger über die gleichen Rechte verfügen. Die ethnische Spaltung der Gesellschaft schreitet voran, die Glorifizierung von Kriegsverbrechen gehört keineswegs der Vergangenheit an. 25 Jahre nach Dayton wurde auf dieser Online-

Veranstaltung über die aktuellen Herausforderungen des Landes zwischen Ethno-Nationalismus und Bürgergesellschaft diskutiert: Welche Veränderungen braucht es, damit Bosnien und Herzegowina sich zu einer Bürgergesellschaft mit gleichen Rechten für alle Bürgerinnen und Bürger entwickeln kann?

Auf dem Podium diskutierten darüber Dr. *Valentin Inzko*, Hoher Repräsentant für Bosnien und Herzegowina, Sarajevo; Botschafterin *Susanne*